

A12 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gute Bildung, gute Chancen, ein Leben lang: Kindergärten, Schulen und Ausbildung)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

1 Bildung ist das Tor zur Welt. Mit ihr errichten wir das Fundament für ein
2 erfülltes Leben, entfalten unsere Talente, verwirklichen unsere Wünsche und
3 Träume. Wir müssen dieses Tor nur weit aufstoßen. Dann werden Kinder zu
4 humanistisch gebildeten Weltbürger*innen und lernen heute die Grundlagen für die
5 Berufe von morgen. Der Thüringer Bildungsplan gibt für alle Altersgruppen einen
6 sehr guten Qualitätsrahmen vor. Das Mädchen aus der kleinen Stadt im Eichsfeld,
7 das wegen einer Krankheit auf den Rollstuhl angewiesen ist, lernt
8 selbstverständlich mit seinen Freunden, die vielleicht aus Kamenica oder Al-
9 Hasaka zu uns gekommen sind, wird möglicherweise sogar einmal mit ihnen zusammen
10 ein erfolgreiches Unternehmen gründen. Der Junge mit der Leseschwäche bleibt
11 nicht mehr sitzen, sondern wird durch individuelle Förderung zu einem bekannten
12 Dramaturgen. Die Kassiererin im Supermarkt nutzt die Möglichkeiten von
13 Bildungsfreistellung und berufsbegleitendem Studium und wird Einkaufsleiterin.
14 So sieht wirkliche Chancengerechtigkeit aus: Es zählt nicht, wo man herkommt
15 oder mit welchem Namen, mit welchem Geschlecht man geboren wurde. Es zählt
16 einfach nur, was man kann und wo man hin will.

17 Thüringen verfügt über ein leistungsfähiges und starkes Bildungssystem. Für
18 Kinder im Kita- und Grundschulalter steht ein breites Ganztagsangebot bereit.
19 Durch gute Betreuungsbedingungen erhalten sie frühzeitig individuelle Förderung.
20 Fast alle Jugendlichen finden in Thüringen einen Ausbildungsplatz. Dafür haben
21 wir BÜNDNISGRÜNE in der Landesregierung in den letzten Jahren einiges auf den
22 Weg gebracht: mehr Personal in den Kitas für die Kleinsten und den Einstieg in
23 die Beitragsfreiheit für die finanzielle Entlastung der Eltern. Wir haben in den
24 vergangenen fünf Jahren so viele Lehrer*innen eingestellt, wie das in keiner
25 Legislaturperiode zuvor der Fall war. Und wir haben die Bezahlung der
26 Lehrer*innen in den staatlichen Schulen insgesamt verbessert. Mit einer
27 verbesserten Finanzierung freier Schulen bleibt die vielfältige
28 Bildungslandschaft in Thüringen langfristig erhalten. Alle Arbeitnehmer*innen
29 erhalten durch Bildungsfreistellung einen besseren Zugang zu
30 Weiterbildungsangeboten. Diese wollen wir besser bekannt machen. Die Förderung
31 der Erwachsenenbildung konnten wir in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent
32 steigern.

33 Auch wenn wir in der Regierungsverantwortung viel erreichen konnten, stehen
34 große bildungspolitische Herausforderungen vor uns. Es kommt auf uns an, die
35 Qualität der Bildungsarbeit in den Schulen zu verbessern. Es kommt auf uns an,
36 die schulische Selbständigkeit voranzubringen und Schulen gemeinsam mit den
37 Kommunen zukunftsfähig aufzustellen. Es kommt auf uns an, Thüringen attraktiv
38 für Lehrer*innen zu machen. Es kommt auf uns an, die digitale Schule
39 Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Schule von gestern kann nicht auf die
40 Herausforderungen von morgen vorbereiten. Schule ist für uns ein Ort, in dem
41 Demokratie Tag für Tag gelernt und gelebt wird. Angesichts der
42 gesellschaftlichen Spaltung in unserem Land wollen wir die friedliche und
43 demokratische Auseinandersetzung mit politischen Themen fördern und
44 menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung deutlich stärken.

45 Schulen sollen kindgerecht und inklusiv sein. Schulen in freier Trägerschaft
46 brauchen auch zukünftig unsere Unterstützung, damit sie dauerhaft gute
47 Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung haben. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine
48 emanzipatorische und chancengerechte Bildungspolitik, in der längeres
49 gemeinsames Lernen, Ganztagschulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung
50 ihren festen Platz haben. Längeres gemeinsames Lernen nützt allen
51 Heranwachsenden und begünstigt ein wohnortnahes Schulangebot besonders in
52 strukturschwachen ländlichen Gegenden.

53 Vorfahrt für Qualität: Kita und frühkindliche Bildung

54 Frühe Förderung ist besonders wirksam. Damit jedes Kind ohne lange Wartezeit
55 eine Kita besuchen kann, wird der Kita-Ausbau zusammen mit dem Bund, den
56 Kommunen und den freien Trägern weiter vorangetrieben und die Qualität weiter
57 verbessert. Für uns haben die Qualität und die Schaffung zusätzlicher Kita-
58 Plätze Vorrang. Um jedes Kind individuell nach seinem Bedarf fördern zu können,
59 brauchen Erzieher*innen Zeit. Wir wollen deshalb die Mindeststandards weiter
60 verbessern. Wir streiten dafür, dass maximal vier Kinder unter drei Jahren und
61 maximal zehn Kinder über drei Jahren von einer pädagogischen Fachkraft betreut
62 werden. Damit die unterschiedlichen Fähigkeiten unserer Kinder schon früh zum
63 Tragen kommen, stärken wir Kindergärten in sozialen Brennpunkten durch
64 multiprofessionelle Teams mit künstlerischen, handwerklichen, therapeutischen
65 und sprachlichen Qualifikationen. Das schließt die Sprachförderung insbesondere
66 für Kinder ein, bei denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Wir stärken die
67 Fachberatung, durch ein Institut für Qualitätsentwicklung und
68 Qualitätssicherung. Um den Generationenwechsel in den Kindergärten zu bewältigen
69 und den Erzieher*innenberuf attraktiv zu machen, wollen wir vielfältige und
70 kürzere Wege in den Erzieher*innenberuf schaffen. Die praxisintegrierte
71 Ausbildung von Erzieher*innen soll und flächendeckend möglich sein, genauso wie
72 die akademische Ausbildung und die berufsbegleitende Weiterbildung zur
73 Erzieher*in. Die gute Arbeit, die das Personal in den Kitas leistet, soll auch
74 gut bezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezahlung unter Beachtung
75 der Tarifautonomie weiter verbessert wird.

76 Manchmal erfordern der Beruf oder die eigene Lebenssituation zusätzliche
77 Flexibilität bei der Kinderbetreuung. Dann ist die Kindertagespflege durch
78 Tagesmütter und Tagesväter die familiennahe, individuelle Antwort. Wir wollen
79 ihre Rahmenbedingungen und Bezahlung verbessern und Verbünde für bis zu zehn
80 Kinder ermöglichen.

81 Bildung sollte grundsätzlich beitragsfrei sein. Hier haben wir in Thüringen
82 bereits viel geschafft. Ebenso haben wir die Qualität der frühkindlichen Bildung
83 deutlich verbessert, da dies für uns Vorrang hat. Diesen Weg wollen wir
84 konsequent weitergehen.

85 Die Elternbeiträge wollen wir als nächsten Schritt zur Beitragsfreiheit und für
86 mehr Bildungsgerechtigkeit in ihrer Höhe begrenzen, damit Familien nicht
87 überbelastet werden. Kinder sind uns schließlich überall im Freistaat gleich
88 viel wert.

89 Wir werden zudem die Perspektive der Eltern stärken, indem wir die
90 Landeselternvertretung besser ausstatten. Eltern-Kind-Zentren können gerade
91 Kindergärten im ländlichen Raum mit Beratungsangeboten vernetzen. Wir wollen sie

92 gesetzlich verankern und flächendeckend ausbauen. Die Kindergartenfinanzierung
93 soll insgesamt einfacher und transparenter werden.

94 Schule

95 Gute Schule nimmt die individuellen Bedürfnisse der Kinder ernst. Sie ermuntert,
96 spornt an, schafft Möglichkeiten. Gute Schule ist eine Daueraufgabe. Unser Ziel
97 ist es, die Qualität der Bildungsarbeit in leistungsfähigen, demokratischen und
98 chancengerechten Schulen durch Schulentwicklung weiter zu steigern. Diesen
99 Anspruch wollen wir durch einen schulischen Qualitätsrahmen formulieren, der
100 Schulen in ihrer Entwicklung mehr Orientierung gibt und durch sich darauf
101 beziehende externe Evaluierungen und regelmäßige Kompetenzerhebungen
102 stärken. Schulen brauchen eigene Handlungsspielräume auch um für die
103 Weiterentwicklung nötige Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Um Schulen den
104 notwendigen Gestaltungsspielraum für gelingende Schul- und
105 Unterrichtsentwicklung zu gewähren, wollen wir die Schulaufsicht in ihrer
106 Beratungs- und Koordinationsfunktion stärken. Hierfür bedarf es einer
107 angemessenen Ausstattung mit pädagogischem und schulpsychologischem Personal.

108 Wir fordern eine Qualitätsoffensive, ein durchgängiges Konzept von
109 Qualitätsentwicklung und -sicherung mit mehr schulischer Selbständigkeit und der
110 Entscheidung vor Ort, eigene unbürokratische Budgets, Entscheidung bei der
111 Personalauswahl und bei der Fortbildung. An jeder Schule muss ein
112 Qualitätsmanagement entstehen, mit Maßnahmen der Qualitätssicherung auf der
113 Basis interner und externer Daten. Die Schule muss Verantwortung für ihre
114 Qualität und die Zukunft ihrer Kinder und Jugendlichen übernehmen.

115 Im Zuge dessen werden wir Bürokratie abbauen, damit mehr Zeit für individuelle
116 Förderung und erfolgreiches Lernen und Lehren bleibt. Außerdem bedarf es einer
117 Stärkung der kommunalen Schulträger und deren Kompetenzen. Wir wollen, dass die
118 Thüringer Kommunen gemeinsam mit dem Freistaat eine Verantwortungsgemeinschaft
119 bei der Thüringer Bildungspolitik entwickeln und das auch im Schulgesetz
120 verankern. Bereiche dieser gemeinsamen Bildungsverantwortung sind unter anderem
121 die Ganztagschulentwicklung, berufliche Orientierung, schulische Inklusion,
122 Migration, politische und künstlerische Bildung, die sozialräumliche Einbindung
123 schulischer Bildung zum Beispiel Lernen durch Engagement im eigenen Quartier,
124 Öffnung der Schulhöfe am Nachmittag, an den Wochenenden und Ferien und Schulbau.

125 Für die Zukunft lernt man am besten in Schulen, die selbst Orte der Zukunft
126 sind, an denen demokratische Mitbestimmung selbstverständlich dazu gehört. Wir
127 werden die Beteiligung der Schüler*innen und die Übernahme von Verantwortung
128 durch den Ausbau von Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechten von Schüler*innen
129 an den Schulen weiter stärken. Der Klassenrat soll dabei in den Schulen zur
130 Normalität gehören und eine Weiterentwicklung zu einer gerechten und
131 fürsorglichen Gemeinschaft stärken. Wir unterstützen die Lehrer*innen dabei,
132 Schüler*innen im Geiste des Grundgesetzes zu erziehen. Die Achtung der
133 Menschenwürde, die Verantwortung für das Gemeinwesen, Solidarität, Toleranz und
134 Gleichberechtigung sollen alle Bereiche schulischer Bildung wesentlich prägen.
135 Hass und Gewalt haben an unseren Schulen nichts verloren. Wir werden die
136 bestehenden Programme zu gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien und die
137 Schulsozialarbeit ausbauen sowie die Schulpsychologie im Sinne von
138 Schulentwicklungspsychologie stärken.

139 Eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft ist eine
140 Errungenschaft, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden muss.
141 Dieser Aufgabe stellen wir uns als BÜNDNISGRÜNE. Angesichts des zunehmenden
142 Rassismus, Rechtspopulismus und antidemokratischer Tendenzen wollen wir die
143 fachübergreifende menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildungsarbeit
144 in den Schulen und in den Kollegien stärken. Doch dies reicht nicht aus. Der
145 merklich abnehmende gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die Zunahme von
146 Rechtspopulismus und -extremismus erfordern eine weitergehende politische
147 Bildung, insbesondere durch die Vermittlung von gesellschaftspolitischem
148 Grundlagenwissen. Denn nur wenn die gelebte Demokratie in der Schule auf der
149 Basis von soliden Grundkenntnissen erfolgt, ist Demokratiebildung erfolgreich.
150 Aufgrund des aktuell sehr geringen Anteils des Fachs Sozialkunde an der
151 Studentafel, des späten Einsetzens dieses Fachunterrichts und des sehr häufigen
152 Unterrichtens durch fachfremde Lehrer*innen sollte die politische Bildung an den
153 Thüringer Schulen verbessert werden. Wir setzen uns daher für die nachhaltige
154 Vermittlung von Kenntnissen über die Grundprinzipien einer freiheitlich-
155 demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung durch entsprechend ausgebildete
156 Lehrer*innen ein und wollen den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern einen
157 hohen Stellenwert einräumen.

158 Zudem setzen wir uns für mehr fächerübergreifenden Unterricht, eine zeitgemäße
159 Studentafel und eine Überprüfung von Lehr- und Lernmaterialien auf
160 diskriminierende und rassistische Inhalte ein. Um das Diskriminierungsverbot und
161 Gleichstellungsgebot mit Leben zu erfüllen, werden wir uns dafür stark machen,
162 die Unterstützungsstrukturen in der schulischen Antidiskriminierungsarbeit
163 auszubauen. Eine Evaluierung der Studentafel soll unter der Lupe der
164 Verstärkung auf lebensrelevante Inhalte, Lebensorientierung und
165 Lebenskompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Gang gesetzt werden auch um
166 fächerverbindende Ansätze zu stärken.

167 Demokratie lebt von Beteiligung! Wir BÜNDNISGRÜNE setzen darauf, die
168 Mitwirkungsgremien in den Schulen zu stärken, die Mitbestimmung der
169 Schüler*innen zu erhöhen und demokratisches Handeln zu fördern. Durch
170 Beteiligung, Mitwirkung und Verantwortungsübernahme wollen wir die Lernprozesse
171 der Schüler*innen voranbringen.

172 Wir BÜNDNISGRÜNE finden, dass grundsätzlich an jeder Thüringer Schule
173 Schulsozialarbeit gewährleistet werden soll. Dies kann nur schrittweise umgesetzt
174 werden. Bis 2026 soll an jeder Schule bedarfsgerecht Schulsozialarbeit nach
175 einem transparenten Sozialindex angeboten werden können. Ebenso wichtig ist uns
176 eine sehr gute Kooperation zwischen Schule und einer gestärkten Schulpsychologie
177 und Schulsozialarbeit. Wir wollen gute fachliche Austauschmöglichkeiten und eine
178 Vernetzung von Schulen mit dem Gemeinwesen.

179 Wir wollen Schüler*innen schon frühzeitig ermuntern, sich mit den Zukunftsfragen
180 der Menschheit auseinanderzusetzen, und werden Themen wie den Schutz der
181 natürlichen Umwelt und der Biodiversität, die Bewahrung des Klimas,
182 Friedensbildung, sozialen Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in
183 den Lehrplänen verankern. Wir wollen eine verbindliche schulische und
184 außerschulische Landesstrategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE)
185 entwickeln und umsetzen, das Lernen außerhalb des Schulgebäudes sowie das
186 handwerkliche und praxisorientierte Lernen durch zusätzliche Wahlpflichtangebote

187 weiter ausbauen und ein Förderprogramm für BNE-Kooperationen mit
188 außerschulischen Bildungsorten auflegen.

189 Unsere Gesellschaft ist in den letzten 30 Jahren religiös-weltanschaulich
190 pluraler geworden. Wir wollen der erkennbaren Gefahr für den gesellschaftlichen
191 Zusammenhalt begegnen. Das in Thüringen bereits praktizierte Modellprojekt des
192 integrativen Religionsunterrichts unterstützen wir daher. Denn Segregation darf
193 nicht durch Konfessionen oder Religionszugehörigkeiten verstärkt werden. Da ein
194 Großteil der Schüler*innen jedoch nicht konfessionell gebunden ist oder einen
195 anderen Glaubenshintergrund hat, wollen wir mehr Raum schaffen, in dem alle
196 Schüler*innen gemeinsam die Welt und die menschliche Existenz ergründen, deuten
197 und verstehen lernen und sich über kulturelle, weltanschauliche und religiöse
198 Gemeinsamkeiten und Unterschiede austauschen können, um einen immer nötiger
199 werdenden Respekt vor Andersgläubigen und Andersdenkenden zu erreichen. Wir
200 setzen uns deshalb dafür ein, dass zu diesem Zweck schulartspezifisch
201 verbindlich für die Schüler*innen der Religionsunterrichte und des
202 Ethikunterrichts regelmäßig ein festes gemeinsames Zeitfenster für „Philosophie
203 und Religionen“ eingeführt wird. Dabei soll sich die Anzahl der Schulstunden pro
204 Schuljahr bei Einführung dieses Zeitfensters nicht erhöhen. Über die konkrete
205 Ausgestaltung wollen wir mit Pädagog*innen, Schulträgern, Kirchenvertreter*innen
206 und Erziehungswissenschaftler*innen ins Gespräch kommen. Der in Artikel 7 Abs. 3
207 Grundgesetz garantierte bekenntnisgebundene Unterricht wird weiter angeboten.

208 Jede*r elfte Schüler*in verlässt die allgemeinbildende Schule ohne einen
209 Schulabschluss. Damit kann sich niemand zufriedengeben. Jeder junge Mensch hat
210 den für sich bestmöglichen Schulabschluss und eine angenehme und lernfreundliche
211 Schulumgebung verdient. Besonders für Schüler*innen, die der Schule oft
212 unerlaubt fernbleiben, sollen verstärkt Angebote beispielsweise durch
213 Praxisklassen, der Schulsozialarbeit und der Jugendhilfe entwickelt werden. Enge
214 Kooperation muss Normalität werden, die für die nötige Vernetzungsarbeit – auch
215 mit weiteren Professionen – benötigte Arbeitszeit muss eingeplant werden.

216 Alle Schüler*innen mit Sprachförderbedarf sollen schulische Förderung erhalten.
217 Das ist bislang leider nicht so. Daher werden wir die Kapazitäten für Deutsch als
218 Zweitsprache weiter deutlich ausbauen, aber vor allem verstetigen, um die
219 Sprachförderung zielgerichtet und für die Lehrkräfte motivierend
220 weiterentwickeln zu können. Mitgebrachte Sprachkompetenzen der Schüler*innen mit
221 Migrationshintergrund müssen als zweite Fremdsprache anerkannt und als
222 Qualifizierungsbaustein für universitäre Bildung angerechnet werden können. Die
223 punktuell an den Berufsschulen eingerichteten Vorklassen wollen wir
224 bedarfsorientiert verstetigen, weiter mit personellen Ressourcen untersetzen,
225 auch im sozialpädagogischen Bereich.

226 Der Zugang zu Bildung soll für alle jungen Menschen ohne besondere
227 Voraussetzungen möglich sein. Wir befürworten die Einführung eines Sozialindex
228 für alle Bildungseinrichtungen. Insbesondere sollen Schulen mit besonderen
229 Herausforderungen durch eine sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung besser
230 unterstützt werden. Das unfreiwillige Wiederholen einer Jahrgangsstufe, besser
231 bekannt als Sitzenbleiben, ist, wie die Schulforschung seit Jahrzehnten zeigt,
232 pädagogisch unwirksam. Es zeigen sich vielmehr ungünstige Wirkungen auf die
233 Lernentwicklung. Wir wollen es daher abschaffen. Sitzenbleiben ist längst nicht
234 mehr zeitgemäß. Es ist eine große emotionale Belastung für die Schülerinnen und
235 Schüler, nützt nichts und verschwendet viel Lebenszeit und Geld. Jedes

236 zusätzliche Schuljahr kostet 4.500 bis 6.000 Euro. Das Abschaffen des
237 Sitzensbleibens muss daher erklärtes Ziel einer jeden Schule sein. Die Schule
238 trägt die Verantwortung für die Vermeidung des Sitzenbleibens einer jeden
239 Schülerin und eines jeden Schülers. Dafür müssen flankierende pädagogische
240 Maßnahmen etabliert werden. Schülerinnen und Schüler müssen ein Recht auf
241 zusätzliche, verpflichtende, kostenfreie und wöchentliche Lernförderung
242 eingeräumt bekommen, die zwischen den jeweiligen Pädagog*innen, Schülerinnen und
243 Schülern und Erziehungsberechtigten abgestimmt werden sollen. Um Schülerinnen
244 und Schüler ernsthaft mit messbarem Erfolg fördern zu können, sind zusätzliche
245 Ressourcen zu erwägen. Sitzenbleiben kann nur in besonders begründeten
246 Ausnahmefällen stattfinden. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und der
247 Lernentwicklungserwartung kann einer freiwilligen Wiederholung einer
248 Jahrgangsstufe zugestimmt werden.

249 Für uns gilt: Der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung
250 muss von Anfang an möglich sein. Daher werden wir den Rechtsanspruch auf
251 individuelle Förderung und das Recht auf gemeinsames Lernen weiter umsetzen und
252 die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht weiter verbessern. Für uns
253 BÜNDNISGRÜNE ist entscheidend, dass das Elternwahlrecht gilt. Eltern können und
254 sollen entscheiden, ob ihr Kind bei festgestelltem Förderbedarf eine wohnortnahe
255 allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen an
256 allen Schulen mehr sonderpädagogische Förderung ermöglichen. Daher sollen die
257 Ausbildung der Lehrer*innen an Inklusion ausgerichtet, gleichberechtigte
258 multiprofessionelle Teams an Schulen eingerichtet und der Entwicklungsplan
259 Inklusion umgesetzt werden. Keinesfalls darf Inklusion an der Kassenlage des
260 Landes und dem damit verbundenen Personalmangel scheitern. Mit aufgeschlossenen
261 Pädagog*innen und der Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt
262 können Schulen zu Orten des Empowerments und der Vielfalt werden.

263 Um unserer vielfältigen Schüler*innenschaft gerecht zu werden, wollen wir die
264 Rolle der „Vertrauenslehrer*innen“ weiterentwickeln – und zwar zu
265 „Schulbeauftragten für Antidiskriminierung, Vielfalt und Empowerment“ (SAVE-
266 Beauftragte). Diese Beauftragten sollen dann bei Diskriminierungserfahrungen
267 unterstützen und ihr Wissen an andere Pädagog*innen in der Schule weitergeben.
268 Damit wird der individuellen Situation in jeder Schule Rechnung getragen und
269 kompetente Beratung für LSBTIQ*-Jugendliche in ganz Thüringen verankert. Denn
270 Schulen dürfen keine Orte der Diskriminierung, der mangelnden Sensibilität für
271 Vielfalt oder der Reproduktion sexistischer Geschlechterbilder sein. Um diesen
272 wichtigen Aufgaben gerecht zu werden, braucht es genügend zeitliche Kapazitäten
273 bei den Pädagog*innen selbst und kompetente Begleitung durch die Thüringer
274 Antidiskriminierungsstelle.

275 Angesichts des hohen Unterrichtsausfalls machen wir uns dafür stark, dass
276 jedefrei werdende Stelle wieder besetzt wird. Da Krankheitsausfälle,
277 Fortbildungen und Stellenvakanzen nicht ausbleiben, streben wir eine
278 verbindliche 110-prozentige Personalausstattung an. Thüringen muss dazu
279 attraktiv für Lehrer*innen sein. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen in den
280 Schulen und eine attraktive Eingangsbesoldung. Außerdem stellen wir in Thüringen
281 zügig auf die schulstufenbezogene Lehrer*innenbildung um, um zukünftig einen
282 flexibleren Lehrer*inneneinsatz zu erzielen. Auch für alle anderen an Schule
283 Tätigen wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern und werden dafür ein
284 Investitionsprogramm auflegen.

285 Über Stipendien sollen Anreize geschaffen werden, ein Lehramtsstudium in einem
286 Mangelfach aufzunehmen. Referendar*innen wollen wir Vorverträge auch ohne
287 bereits vorliegendes Abschlusszeugnis ermöglichen. Wir wollen angehende
288 Lehrer*innen für den Einsatz in den ländlichen Räumen gewinnen.
289 Einstellungsverfahren werden beschleunigt und vakante Stellen schneller
290 ausgeschrieben. Die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen
291 werden wir kontinuierlich ausbauen und Programme für Seiteneinsteiger*innen in
292 den Lehrberuf weiter professionalisieren.

293 Sowohl in der Großstadt als auch auf dem Land soll gelten: kurze Wege für kleine
294 Füße. Die wohnortnahe Schule ist für uns selbstverständlich. Allerdings stehen
295 steigende Schülerzahlen in den Städten sinkenden Schülerzahlen in den ländlichen
296 Regionen gegenüber. Wir sind uns sicher: Gemeinsam sind auch kleine Schulen
297 stark! Wir setzen uns für angemessene Vorgaben bei den Schulgrößen ein und
298 wollen die Kooperation von Schulstandorten deutlich stärker fördern.

299 Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen entsprechen der urgrünen Forderung
300 „länger gemeinsam lernen“ und bereichern die Thüringer Schullandschaft. Wir
301 wollen beide Angebote ausbauen. In Gemeinschaftsschulen lernen Kinder bis zur
302 achten Klasse gemeinsam. Dieses Angebot soll flächendeckend zur Verfügung
303 stehen. Auch Förderschulen sollen sich zu inklusiven Gemeinschaftsschulen
304 weiterentwickeln können. Mit einem Ganztagschulprogramm des Landes werden wir
305 bis zum Jahr 2026 gemeinsam mit den Kommunen für die Primar- und Sekundarstufe
306 insgesamt 100 neue teilgebundene und vollgebundene Ganztagschulen mit modernen
307 Raumkonzepten, vielfältigen Kompetenzen und neuen Arbeitszeitmodellen schaffen.
308 Mit mehr Zeit für die individuelle Förderung, mit ihren pädagogischen Konzepten
309 und den umfangreichen zusätzlichen Angeboten von Vereinen und außerschulischen
310 Partnern helfen sie Kindern, sozialer, selbstbewusster und angeregter zu lernen.
311 Gute Arbeitsbedingungen und die Kostenfreiheit in der Bildung sind uns wichtig,
312 besonders im Ganzttag. Erzieher*innen in unseren Schulhorten sollen die
313 Möglichkeit erhalten in Vollzeit berufstätig zu sein.

314 Schulen in freier Trägerschaft sind aus der Vielfalt des Bildungsangebots nicht
315 wegzudenken. Wir BÜNDNISGRÜNE haben in den letzten Jahren ihre Rahmenbedingungen
316 und ihre Finanzierung deutlich verbessert. Wir werden auch zukünftig dafür
317 streiten, dass alle Schulen egal ob in staatlicher oder freier Trägerschaft gute
318 Entwicklungschancen haben. Staatliche Programme für Schülerstipendien müssen
319 gleichermaßen auch von Freien Schulen genutzt werden können. Die Entwicklung der
320 Finanzhilfen soll weiterhin transparent, verlässlich und auskömmlich
321 ausgestaltet sein. Die Entwicklung der Schülerkosten soll an die Entwicklung im
322 staatlichen Bereich angepasst werden. Fort- und Weiterbildungen des Landes
323 sollen für Lehrer*innen an Freien Schulen gleichberechtigt geöffnet und bezahlt
324 werden.

325 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen schulisches Lernen zeitgemäß und zukunftstauglich
326 gestalten. Uns geht es darum, die Chancen der Digitalisierung im Sinne guter
327 Bildung zu nutzen. Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen benötigt dazu
328 digitale Infrastruktur und Lernplattformen, ganz besonders aber eine
329 grundsätzliche Neuorientierung pädagogischer Inhalte und Methoden am Leben und
330 Arbeiten in der digitalen Welt. Überall da, wo es pädagogisch sinnvoll ist, soll
331 der fächerübergreifende Einsatz digitaler Medien und digitaler Werkzeuge
332 unterstützt werden. Die Corona-Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, dass
333 digitale Medien immer mehr zum selbstverständlichen Werkzeug für alle Lernenden

334 werden. Digitale Medien unterstützen nicht nur das fachliche Lernen. Sie fördern
335 auch den Erwerb von Medien-, Methoden- und Sozialkompetenzen und informatischer
336 Bildung. Unsere Kinder und Jugendlichen wollen wir in der Schule für ein
337 selbstbestimmtes, kreatives, sicheres und erfolgreiches Leben in der digitalen
338 Welt fit machen und zur kritischen Auseinandersetzung mit den damit verbundenen
339 gesellschaftlichen Veränderungen sensibilisieren. Wir BÜNDNISGRÜNE packen die
340 infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen für digitale Bildung an.
341 Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Investitionen in die digitale
342 Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge konsequent umsetzen. Wir setzen
343 uns für eine Erweiterung des Digitalpakt auf Bundesebene ein.

344 Zu einer lernförderlichen Infrastruktur gehört es unabdingbar, dass Kinder auf
345 ein persönliches Gerät zugreifen können. Dies realisieren wir durch den BYOD-
346 Ansatz (Bring Your Own Device), der regelt, dass und wie auch private mobile
347 Endgeräte wie Laptops, Tablets oder Smartphones datenschutzrechtskonform in die
348 Netzwerke von Schulen integriert werden können. Die kommunalen Medienzentren
349 werden wir dabei zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich
350 umbauen. Alle Schüler*innen über die kein eigenes digitales Endgerät verfügen,
351 sollen die Möglichkeit der Ausleihe über die Schule erhalten. Den Kommunen als
352 Schulträger stellen wir dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung. Die
353 Lehrer*innenbildung wird in allen Phasen auf die digitalen Herausforderungen
354 ausgerichtet, dazu gehört vor allem auch die Förderung regionaler und lokaler
355 Vernetzung. Fortbildung wird zunehmend auf peer-Ebene organisiert, das heißt
356 „Beratung von Betroffenen für Betroffene“. Wir führen endlich eine einheitliche
357 Schulverwaltungssoftware ein. Datenschutz ist für uns grundlegend. Daher werden
358 wir die Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen dazu deutlich verstärken. Diese
359 sollte möglichst quelloffen, datenschutzfreundlich und erweiterbar sein, um
360 flexibel auf geänderte Anforderungen reagieren zu können.

361 Wir wollen, dass sich unsere Schüler*innen gesund ernähren. Dazu gehört eine
362 vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst
363 aus Bio-Lebensmitteln in einer anregenden Umgebung. Um die Essens- und
364 Getränkeversorgung an den Thüringer Schulen zu verbessern, werden wir gemeinsam
365 mit den Schulträgern und Caterern eine umfassende Strategie mit einem
366 dauerhaften Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgungsstandards etablieren.
367 Zudem werden wir den Schulgartenunterricht als Teil der Umwelt- und
368 Ernährungsbildung, die auch über Landwirtschaft, Tierhaltung und
369 Tierethik informiert, gezielt fördern.

370 Qualitätsoffensive auf allen Ebenen: Mehr Qualität von der Lehrer*innenaus- und
371 -fortbildung über die Schulleiter*innengewinnung bis zur intelligenten Steuerung
372 und Unterstützung

373 Um die dargelegten anspruchsvollen inhaltlichen Ziele zu erreichen, genügt es
374 nicht, die Selbstverantwortung auf der Ebene der Schulen zu stärken und Qualität
375 einzufordern. Schulen brauchen intelligente Leitplanken und ein Mehr an
376 Personalqualität. Die Lehrer*innenausbildung muss zum Beispiel die Lehrer*innen
377 in die Lage versetzen, die digitalen Herausforderungen und Anforderungen der
378 Inklusion zu entsprechen. Schulleitungen müssen so qualifiziert und ausgewählt
379 sein, dass sie die Schule zukunftsfähig zu einer demokratischen Leistungsschule
380 gestalten können, mit Schüler*innen, Eltern und Kollegium als Partnern.
381 Personalentwicklung, -auswahl und -gewinnung gerade im Führungsbereich ist eine
382 wichtige Steuerungsaufgabe von Schulämtern und Ministerium, die die Schulen zu

383 ihrer Stärkung brauchen. Genauso ist die punktgenaue Unterstützung durch
384 Beratung, Training und innerschulischer Fortbildung und dazu geeigneter
385 Trainer*innen und Expert*innen erforderlich. Hier ist es wichtig die
386 Verantwortung des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung
387 und Medien konsequent einzufordern und wirksamer werden zu lassen. Ebenso müssen
388 die Schulämter in die Lage versetzt werden, solche Leistungen selbst zu
389 erbringen. Wir fordern daher den Aufbau eines Qualitätsbereichs im Schulamt, der
390 die regionalen Qualitätsansprüche einzulösen vermag, zusätzlich zu landesweiten
391 Vorhaben und Angeboten.

392 Ausbildung

393 Ob Hochschulabschluss oder Berufsausbildung, wir wollen, dass beides einen guten
394 Start ins Berufsleben garantiert. Jede*r Jugendliche soll direkt nach der Schule
395 eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Wir werden im Dialog mit den
396 Handwerkskammern und Berufsschulen einen Thüringenplan entwickeln, der die duale
397 Ausbildung stärkt und die gesellschaftliche Anerkennung von Ausbildungsberufen
398 weiter fördert. Dazu gehört auch, dass Thüringer Auszubildende einen Lohn
399 erhalten, von dem es sich leben lässt. Azubis, aber auch
400 Freiwilligendienstleistende, sollen die gleichen Vergünstigungen wie Studierende
401 erhalten, zum Beispiel ein Azubi-Ticket für höchstens 30€ im Monat. Damit der
402 Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und das Studium gut gelingt,
403 werden wir eine frühzeitige, praxisnahe und regional vernetzte
404 Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung fördern. Die Ausbildung in kleinen
405 und mittleren Unternehmen werden wir besonders fördern und dabei Branchen mit
406 hoher Personalnachfrage, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich,
407 besonders in den Blick nehmen. Forderungen nach Verpflichtungserklärungen und
408 Ablösezahlungen nach Abbruch oder Abschluss einer Ausbildung gegenüber
409 auszubildenden Betrieben zulasten von Auszubildenden oder anderen Betrieben
410 lehnen wir ab. Betriebe müssen ihren Azubis nach der Ausbildung gute
411 Arbeitsbedingungen anbieten, anstatt diese zur Weiterarbeit zu verpflichten.

412 Auch Berufsschulen sollten möglichst wohnortnah sein. Den Standorten werden wir
413 mit einem attraktiven Schulnetzplan mehr Sicherheit ermöglichen. Die
414 Berufsschulnetzplanung soll auf transparenten und nachvollziehbaren Kriterien
415 beruhen. Insbesondere Berufsschulstandorte im ländlichen Raum wollen wir
416 erhalten. Und weil die Wege manchmal doch weiter sind, wollen wir das Azubi-
417 Ticket attraktiver machen und in ganz Thüringen anbieten.

418 Zur besseren Vereinbarkeit von beruflicher Ausbildung und anderen
419 Verpflichtungen und Herausforderungen werden wir die Angebote der
420 Teilzeitausbildung ausbauen und ein begleitendes Coaching in der Ausbildung
421 anbieten.

422 Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung

423 Mit Berufsausbildung oder Hochschulabschluss endet das Lernen meist nicht, es
424 begleitet uns durch das ganze Leben – Meisterausbildung, Zusatzqualifikation,
425 eine neue Sprache oder gar noch mal ein Studium nach erfolgreicher beruflicher
426 Karriere. Fort- und Weiterbildung ist die vierte Säule in der Bildung. Mit
427 Bildungsfreistellungsgesetz und besserer finanzieller Ausstattung von
428 Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung haben wir in der
429 Regierungsbeteiligung diese Säule gestärkt. Diesen Kurs hin zu einer

430 vielfältigen, wohnortnahen Bildungslandschaft für Erwachsene mit breiten,
431 kostengünstigen Angeboten werden wir beibehalten.

432 Den Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung werden wir bekannter machen, den
433 Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern und die Anerkennung von Maßnahmen
434 vereinfachen. Für Auszubildende wollen wir den Bildungsanspruch auf fünf Tage
435 erhöhen. Für Menschen mit geringem Einkommen wollen wir einen Härtefallfonds zur
436 finanziellen Unterstützung bei den Kursgebühren einführen. Ein ganz besonderes
437 Anliegen ist uns dabei die Förderung der politischen Erwachsenenbildung. Wir
438 setzen auf vielfältigere Bildungsangebote und Formate in den Bereichen
439 nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und menschenrechtsorientierte, politische
440 und kulturelle Bildung.

441 Digitalisierung bietet auch in der Erwachsenenbildung große Chancen,
442 konfrontiert die Träger aber auch mit neuen Anforderungen. Wir werden die
443 Entwicklung digitaler Medien begleiten und die Träger bei Infrastruktur und
444 Qualifizierung unterstützen.

445 In Thüringen leben etwa 200.000 Menschen, die nicht ausreichend lesen und
446 schreiben können. Sie verbergen dies, obwohl sie oftmals berufstätig sind, und
447 bezahlen dafür mit einer hohen persönlichen Belastung. Um ihnen zu helfen,
448 wollen wir die Alphabetisierungsprogramme der Volkshochschulen aufstocken und
449 Betriebe und Unternehmen für deren Unterstützung gewinnen.